

Warum Nachhaltigkeit eine Frage des Zusammenlebens ist – Ein aphoristischer Aufsatz

Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit
(Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft, Bd. 37)

Metropolis-Verlag
Marburg 2025

Ungleich in den Kollaps?

Warum Nachhaltigkeit eine Frage des Zusammenlebens ist – Ein aphoristischer Aufsatz

Davide Brocchi

1. Einleitung

Die Frage, *ob* wir eine radikale Transformation der Gesellschaft wollen oder nicht, stellt sich heute nicht mehr, denn wir sind bereits mittendrin. Inzwischen lautet die entscheidende Frage, *wie* dieser Wandel stattfinden wird: *by disaster or by design*? Aktuell tendieren die Entwicklungen eher zur ersten Option. Die gegenwärtige „Polykrise“ (Tooze 2022) könnte zu einem schrittweisen Kollaps führen. Obwohl die Lösungen teilweise längst bekannt sind, hält unsere fortgeschrittene Gesellschaft dennoch an ihren Problemen fest. Wie lässt sich solch ein paradoxes Verhalten erklären?

Zum Beispiel durch Strukturen und Mechanismen der sozialen Ungleichheit – darauf richtet sich der Fokus des folgenden Aufsatzes. In Zeiten neoliberaler Politik, in denen selbst eine ganze Weltmacht – die USA – wie ein kapitalistisches Unternehmen regiert wird, gilt Wirtschaftswachstum als Allheilmittel gegen Krisen und wird weiterhin entfesselt, als entstünde es ganz ohne Kosten und käme allen gleichermaßen zugute. Doch „so etwas wie ‚Freibier‘ gibt es in der Natur nicht“ (Commoner 1973: 49). In geschlossenen Systemen wie dem Planeten Erde führt jede wachsende Ordnung zwangsläufig zu zunehmender Unordnung an anderer Stelle, wie der zweite Hauptsatz der Thermodynamik (Entropie) besagt. Wenn also jeder Gewinn seinen Preis hat, dann wächst mit der Wirtschaft eine ökologische und soziale Rechnung, die früher oder später beglichen werden muss – etwa in Form der gegenwärtigen Klimakrise. Davon bekommen die „Wohlstandsinseln“ zunächst wenig mit, weil sie ihre Kosten externalisieren (Lessenich 2017). An ihren sichtbaren und unsichtbaren Grenzen wirken die Strukturen der sozialen Ungleichheit wie „Sortiermaschinen“ (Mau 2021), die bestimmen, wer die Entwick-

lung als Fortschritt und wer sie als Rückschritt erlebt; wer davon profitiert und wer den Preis dafür zahlt. In einem Kontext der sozialen Ungleichheit kann der Wandel *by Design* der einen zugleich das *Disaster* für die anderen bedeuten. So ist der Himmel über der Ruhr heute blau, weil die Schwerindustrie in den globalen Süden verlagert wurde. Während für uns das Elektroauto eine saubere Technologie ist, bedeutet es für die Länder, die die Rohstoffe dafür liefern müssen, eine weitere Umweltkatastrophe. Auch eine Monetarisierung der ökologischen Kosten (z.B. durch eine CO₂-Steuer) wirkt sich in den sozialen Schichten unterschiedlich aus, weil ein Euro unten deutlich mehr wiegt als oben.

Die wachsende soziale Ungleichheit (Oxfam 2025) sollte uns heute ebenso große Sorgen bereiten wie die Erderhitzung. Neben der Übernutzung natürlicher Ressourcen war die Ungleichheit in der Menschheitsgeschichte eine wesentliche Ursache des Untergangs von Zivilisationen (Motesharrei et al. 2014). Beide Faktoren prägen auch die westlichen Gesellschaften. Ihre innere Organisation zeichnet sich durch eine instabile Kombination aus sozialer Ungleichheit, „freiem“ Wettbewerb und einer unvollendeten Form von Demokratie aus. Eine Politik, die sich an der „krassen Utopie“ selbstregulierender Märkte orientiert, destabilisiert die Gesellschaft zusätzlich (Polanyi 1978). In kapitalistischen Gesellschaften dient Wirtschaftswachstum als künstlicher Stabilisator der sozialen Ordnung. Tritt eine Rezession ein, eskalieren soziale Konflikte entsprechend. Jeder Wachstumszwang erzeugt jedoch notwendigerweise Expansionsdruck, was auf einem begrenzten Planeten unweigerlich zum Krieg führt – sowohl zwischen den Menschen als auch mit der Natur. Daher ist es kein Zufall, dass die Folgen großer Weltfinanzkrisen (1929 und 2008) so viele Parallelen aufweisen. Auch Krieg kann der Preis einer Gesellschaft sein, in der keine gerechte Umverteilung stattfindet – einschließlich der Macht.

Strukturen der sozialen Ungleichheit sind nicht nachhaltig, daher kann es keine Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit geben. Der Begriff Nachhaltigkeit wird hier einerseits als Synonym für *Krisenresilienz* verwendet und bezeichnet die Fähigkeit einer Gesellschaft, evolutionäre Sackgassen in ihrer Entwicklung zu vermeiden. Aktuell bestehen solche Sackgassen etwa in der Gefahr des Überschreitens kritischer Kippunkte im Klimasystem oder im Risiko einer Eskalation zum atomaren Weltkrieg. Andererseits steht der Begriff für ein *gutes Leben*, das nicht auf Kosten anderer geht – einschließlich künftiger Generationen und der Natur. Der folgende Abschnitt liefert eine Definition sozialer Ungleichheit und erläutert deren Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung. Im Anschluss zeigt der dritte Abschnitt, wie strukturelle soziale

Ungleichheit eine Abwärtsspirale in Gang setzen kann. Wenn Kultur die „gesellschaftliche DNA“ darstellt (Brocchi 2024: 499), dann hat soziale Ungleichheit auch kulturelle Ursachen. Deshalb widmet sich der vierte Abschnitt der zentralen Rolle von Vertrauen und Menschenbildern bei der Organisation von Gesellschaft und Wirtschaft. Soziale Kohäsion und Gerechtigkeit sind nicht nur für die Krisenresilienz entscheidend, sondern auch für das gute Leben – darum geht es im fünften Abschnitt. Im abschließenden Fazit werden schließlich Transformationspfade für mehr soziale Nachhaltigkeit skizziert. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text die maskuline Form (z.B. „Bürger“) verwendet. Gemeint sind damit stets Personen jeden Geschlechts.

2. Was ist soziale Ungleichheit?

Soziale Ungleichheit bezeichnet ein Verhältnis, in dem Energie, Ressourcen, Güter, Profit, Chancen, Wissen – ebenso wie Kosten und Risiken – ungleich verteilt werden (Hradil 2001). Entsprechend ist soziale Ungleichheit nicht nur ein „Problem der Armen“, sondern betrifft stets Beziehungen mit mindestens zwei Seiten, die sich gegenseitig bedingen: Reichtum und Armut, Macht und Ohnmacht sowie Massenkonsum und Ausbeutung. Man kann die Benachteiligung der einen nicht überwinden, ohne die Privilegien der anderen infrage zu stellen. Als Vermittler dazwischen sind staatliche Institutionen von Bedeutung, sprich ihr Selbstverständnis, ihre Funktionsweise und ihre Politik.

Bei sozialer Ungleichheit handelt es sich um „strukturierte strukturierende Strukturen“ (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996). Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- Bei sozialer Ungleichheit besteht eine Wechselwirkung zwischen Makro-, Meso- und Mikroebene der Gesellschaft. So wirkt eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die soziale Ungleichheiten vergrößert, bis in das Private der Menschen hinein. Gleichzeitig stützen verinnerlichte Werteinstellungen an der Basis der Gesellschaft ungleiche Verhältnisse auf den übergeordneten Ebenen.
- Formen der Ungleichheit überschneiden und verstärken sich. Wer reicher ist, hat oft mehr politischen Einfluss, eine bessere Bildung und damit mehr Karrierechancen. Wer ärmer ist, hat tendenziell weniger politischen Einfluss, eine schlechtere Bildung und folglich weniger Karrierechancen.

- In modernen Gesellschaften ist die Gewalt, die Benachteiligung, Fremdbestimmung, Assimilation oder Unterdrückung verursacht, vor allem eine „strukturelle“ (Galtung 1988). Macht wird nämlich nicht nur durch Menschen ausgeübt, sondern vor allem durch politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Strukturen. Ein Beispiel dafür ist die Bürokratie als moderne Form legitimer Herrschaft. Sie zeichnet sich unter anderem durch „formalistische *Unpersönlichkeit*“ aus (Weber 1985: 128). Es sind Strukturen, die bestimmte Menschen in Machtpositionen befördern, aber genauso schnell fallen lassen können. Zu Opfern werden die Individuen, indem sie vorab entmenslicht und als Aktenzeichen behandelt werden (Bauman 2010).
- Soziale Ungleichheit hat die starke Tendenz zur Selbstreproduktion. Die einen erben zum Beispiel riesige Vermögen, ohne dafür etwas leisten zu müssen, während die anderen Armut erben, aus der es auch mit harter Arbeit kaum einen Ausweg gibt. Soziale Ungleichheit benötigt die Komplizenschaft des Staates, um bestehen zu können – zum Beispiel den Schutz des akkumulierten Privateigentums.
- Zur Gesellschaft gehören nicht nur Menschen, denn auch „Dinge“ wirken als „Aktanten“ in sozialen Netzwerken mit (Latour 1996). Einerseits erzeugen sie selbst soziale Ungleichheit. So ist Eigentum die Voraussetzung für langfristige Ungleichheit. Während die vorgeschichtlichen Banden von Wildbeutern egalitärer waren, weil sie über sehr wenig Eigentum verfügten, nahm mit allen späteren menschlichen Gesellschaften das Eigentum und dadurch die soziale Ungleichheit zu (Harari 2019: 130f.). Die Kontrolle über Geld, Maschinen, Medien oder Waffen verschafft bestimmten Gruppen Vorteile gegenüber anderen. Andererseits werden die Dinge selbst ungleich behandelt. So wurden während der Finanzkrise 2007-2009 die Banken als „system-relevant“ eingestuft und entsprechend gerettet – das Klima hingegen wartet bis heute darauf.

Als „nackte Affen“ sind sich die Menschen relativ ähnlich. Erst durch ihren *Habitus* – durch die Dinge und die Symbole, mit denen sie sich umgeben – wird ihr sozialer Status erkennbar bzw. inszeniert. So darf ein Abgeordneter – anders als normale Bürger – im Parlament sitzen. In öffentlichen Räumen sind es die Größe und die Marke des Autos, die Status ausdrücken. Soziale Ungleichheit zeigt sich auch an der Wohngegend, der Wohnungsgröße und der Wohnungseinrichtung. Ob man aus den oberen oder den unteren Schichten kommt, verraten auch die Um-

gangsformen, die Gewohnheiten und der Geschmack einer Person (Bourdieu 2016), z.B. welche Hobbys sie ausübt und welche Urlaubsziele sie wählt. Während sich die Elite in der Oper trifft, begnügen sich die Massen mit der Unterhaltungsindustrie.

Durch den Habitus wird Zugehörigkeit durch Abgrenzung nach unten erzeugt. Dieser Mechanismus wirkt sich jedoch nicht nur vertikal (zwischen den Schichten) aus, sondern auch horizontal (innerhalb der Schichten). So vergleicht sich der Chef eines DAX-Konzerns nicht mit seinen Angestellten, sondern mit den Chefs anderer DAX-Konzerne. Bei einem Jahresgehalt von 5 Mio. Euro würde er sich „sozial benachteiligt“ fühlen, da Menschen in dieser Position im Durchschnitt 6,3 Mio. Euro in Deutschland bekommen (Kewes 2025). Für einen Normalsterblichen wäre ein Gehalt von 5 Mio. Euro pro Jahr hingegen eine astronomische Summe, doch beim Geldwert unterscheidet sich die Messskala des oberen einen Prozents der Menschheit stark von der der restlichen 99 Prozent. Sind Menschen aus den unteren Schichten vielleicht solidarischer? Nicht unbedingt, denn auch sie werden in derselben statusorientierten Kultur sozialisiert.

Strukturen der sozialen Ungleichheit basieren auf einem geistigen System von Wertungen, die von den Menschen durch Erziehung verinnerlicht werden. Obwohl sich Menschen in ihrer Biologie kaum unterscheiden, können sie diskriminiert werden, weil ihr Geschlecht, ihre Hautfarbe, ihre Herkunft oder ihre Religion mit einem niedrigeren Status assoziiert wird. So verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt weniger als Männer. Wenn es in skandinavischen Ländern mehr Gleichberechtigung gibt, dann hat dies auch kulturelle Gründe (Hofstede/Hofstede 2009). Die soziale Wirksamkeit von Geld, Macht und Status basiert ebenso auf Werten, die im Rahmen einer Kultur geteilt werden. Kulturbedingte Werte sind jedoch relativ und nicht absolut. So wäre ein 500-Euro-Schein in einer unberührten indigenen Kultur im Tropenwald nur ein Stück Papier. Und ein General ist nur in der Umgebung mächtig, die seinen Habitus anerkennt.

Soziale Ungleichheit bezieht sich nicht nur auf Einkommensunterschiede, sondern auch auf Herrschaftsstrukturen: Wer bestimmt die gesellschaftliche Entwicklung für wen? Wer wirtschaftet für wen? Wer baut die Städte für wen? Wenn bestimmte Gruppen, Akteure und Interessen strukturell privilegiert und andere strukturell benachteiligt werden, dann ist dies ein deutlicher Hinweis auf hegemoniale Verhältnisse in der Gesellschaft. Auch liberal-repräsentative Demokratien schließen Machtstrukturen nicht aus, vielmehr hat sich ihre Form verändert (Crouch

2015). Max Weber definiert Macht als die Möglichkeit, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen durchzusetzen – und zwar auch gegen Widerstand und ohne Zustimmung (Weber 1985: 28). Macht gibt es jedoch nicht nur ganz oben im Staat, denn „jeder Polizist, Soldat, Bürokrat und Bauer hat ebenfalls welche“ (Robert Helvey in Mascolo 2005). Macht zeigt sich auch in der Beziehung zwischen Imperium und Vasallen. In der unipolaren Weltordnung, die nach dem Ende des Kalten Krieges etabliert wurde, galten die USA selbst als Imperium (Hochgeschwender 2006). Macht ist nicht unbedingt unangenehm, sondern kann auch Entlastung und Sicherheit bieten. Wer gute Beziehungen zur Macht pflegt und sich loyal verhält, kann schneller befördert werden.

3. Zur Nicht-Nachhaltigkeit sozialer Ungleichheit

Eine der wichtigsten Ursachen des Zusammenbruchs von Zivilisationen in der Geschichte der Menschheit war bisher die Spaltung der Gesellschaft zwischen Elite und Masse. Was für die Rapa Nui auf der Osterinsel gilt (Diamond 2006), gilt ebenso für den Untergang des Römischen Reiches oder der Maya auf der Yucatán-Halbinsel. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie aus dem Jahr 2014. Darin schrieben die US-Wissenschaftler Safa Motesharrei, Jorge Rivas und Eugenia Kalnay:

„In den letzten fünftausend Jahren kam es häufig zum Zusammenbruch selbst von fortgeschrittenen, hochentwickelten Zivilisationen, es folgten häufig Jahrhunderte des Bevölkerungs- und kulturellen Niedergangs sowie des wirtschaftlichen Rückgangs [...]. Unsere Ergebnisse zeigen, dass ein Zusammenbruch unausweichlich wird, sobald zwei bestimmte Dynamiken entstehen: die Überlastung der Ökosysteme durch zu hohen Verbrauch der globalen Ressourcen bei gleichzeitiger Aufspaltung der Gesellschaft in Elite (reich) und Masse (arm) [...]. Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse unserer Experimente [...], dass eine der beiden Dynamiken, die bei historischen Zusammenbrüchen in der Gesellschaft auftreten (Übernutzung der natürlichen Ressourcen und starke wirtschaftliche Schichtung), unabhängig von der anderen einen vollständigen Zusammenbruch zur Folge haben kann. Bei vorhandener wirtschaftlicher Schichtung ist ein Zusammenbruch sehr schwer zu vermeiden“ (Motesharrei et al. 2014: 101; eigene Übersetzung).

Das Muster, das sich historisch beim gesellschaftlichen Untergang wiederholt, ist folgendes: Die herrschenden Eliten, die lange von der Ent-

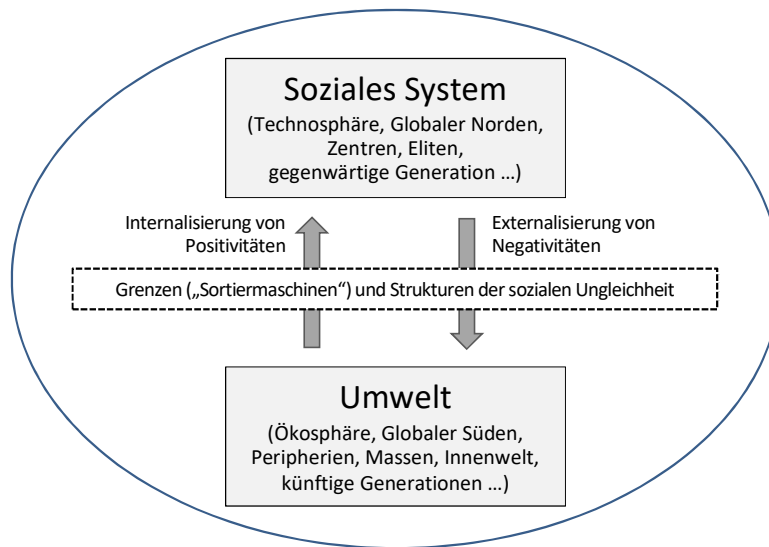
wicklung profitiert und diese von ihrer Schokoladenseite erlebt haben, können sich nur schwer davon lösen. Privilegien wirken zudem als Puffer, sodass die Eliten die Auswirkungen der Krise viel später spüren als die breite Masse. Daher halten sie selbst angesichts der Katastrophe an der Illusion fest, man könne „weitermachen wie bisher“ und verhindern den Zusammenbruch nicht (ebd.: 99f.). „Während einige in der Gesellschaft darauf hinweisen, dass das System auf einen Kollaps zusteuert und grundlegende Veränderungen einfordern, um das Schlimmste zu verhindern, sind es die Eliten und ihre Unterstützer, die genau diese Veränderungen aufhalten und sich auf die vorherige lange, scheinbar bewährte Entwicklungsbahn berufen“ (ebd.: 100).

Wenn die Forschungsergebnisse von Motesharrei, Rivas und Kalnay stimmen, dann steht die heutige Zivilisation selbst auf der Kippe, denn sie belastet die Ökosysteme übermäßig und zeichnet sich zugleich durch eine extreme soziale Ungleichheit aus. Ist unsere Zivilisation vielleicht immun gegen den Kollaps, weil sie deutlich entwickelter ist? „Zusammenbrüche sind nicht auf die ‚Alte Welt‘ beschränkt“, schrieben die US-Wissenschaftler (ebd.: 91). Wir verfügen zwar über andere Technologien als die vergangenen Zivilisationen, aber diese Technologien schaffen auch neue Probleme, die alte Kulturen nicht hatten. „Technologische Innovationen steigern ebenfalls den Verbrauch von Ressourcen, vor allem durch diejenigen, die Kapital besitzen“ (ebd.: 93). Zudem hat die Weltbevölkerung heute eine ganz andere Dimension als in vergangenen Epochen.

3.1 Die kapitalistisch-industrielle Entwicklungslogik

Wenn heute von der Großen Transformation die Rede ist, dann verbinden wir diese mit dem „nachhaltigen weltweiten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft“ (WBGU 2011: 5). Tatsächlich dominiert seit fünf Jahrhunderten eine andere Große Transformation, nämlich die kapitalistisch-industrielle. Der Sozialanthropologe Karl Polanyi (1978) beschrieb sie 1944 in seinem Hauptwerk *The Great Transformation*. Ab den 1990er Jahren wurde diese Transformation globalisiert – und damit auch die Entwicklungslogik, die zur gegenwärtigen Polykrise geführt hat. Wer einen Kollaps unserer Zivilisation abwenden will, sollte zunächst diese Entwicklungslogik untersuchen – so, wie es Polanyi schon damals tat.

Abb. 1: Die kapitalistisch-industrielle Entwicklungslogik



Quelle: Brocchi 2024: 108

Die kapitalistisch-industrielle Transformation hat das Verhältnis zwischen sozialem System und Umwelt radikal verändert – also zwischen Technosphäre und Ökosphäre, Globalem Norden (Industrieländern) und Globalem Süden (Entwicklungsländern), Zentren und Peripherien, Eliten und Massen sowie zwischen gegenwärtigen und künftigen Generationen (Abb. 1). Dabei sind Strukturen entstanden, die bei Energieflüssen und Stoffströmen das System konsequent begünstigen und gleichzeitig seine Umwelt konsequent benachteiligen. In der modernen Gesellschaft überschneiden sich die Energieflüsse und Stoffströme mit dem Fluss von Profiten, Chancen, Wissen oder sogar zivilisatorischen Errungenschaften. Diese Elemente werden in Abb. 1 „Positivitäten“ (Vorteile) bezeichnet. Gleichzeitig umfassen die Kosten dieser Entwicklung nicht nur Abfälle und schädliche Emissionen, sondern auch Armut und Konflikte. In Abb. 1 werden diese Elemente „Negativitäten“ (Nachteile) genannt.

Die kapitalistisch-industrielle Entwicklungslogik kann so beschrieben werden: Die Positivitäten werden der Umwelt entnommen und ins soziale System internalisiert, während die Negativitäten aus dem sozialen System in die Umwelt externalisiert werden. Die wachsende Ordnung im sozia-

len System steht damit in direktem Zusammenhang mit einer wachsenden Unordnung in der Umwelt. Ökologische und soziale Belange werden oft gegeneinander ausgespielt (z.B. Arbeitsplätze gegen Umweltschutz). Tatsächlich sind sie beide Opfer derselben Entwicklungslogik.

Die Strukturen der sozialen Ungleichheit bilden die Differenz zwischen sozialem System und Umwelt. Sie wirken an den sichtbaren und unsichtbaren Grenzen als Sortiermaschinen und üben dabei eine kontrollierte Selektion aus: Die Ordnung (Positivitäten) wird internalisiert und geschützt, die Unordnung (Negativitäten) ausgelagert und ferngehalten. Zum Beispiel werden jungen, gut ausgebildeten Geflüchteten die Türen nach Europa geöffnet, während andere im schlimmsten Fall in Flüchtlingslagern stranden. In solchen Auswahlprozessen wirken Codes wie Geld, Macht und Status. Wer mehr davon hat, darf sich mehr Positivitäten sichern. Wer weniger davon hat, muss die Entwicklung über sich ergehen lassen und ihre „Kollateralschäden“ ertragen.

Ein Effekt dieser Sortiermaschinen wird als „Fußabdruck/Umweltzerstörungs-Paradoxon“ bezeichnet:

„Die reichen Industriegesellschaften [sind] in der Lage, die Voraussetzungen und Folgen ihres überbordenden Konsums systematisch in andere Weltregionen, nämlich an die Gesellschaften der ärmeren, rohstoffexportierenden Länder, auszulagern. Auf diese Weise säubern sie konsequent ihre eigene Umwelt- und Sozialbilanz – und überlassen das schmutzige Geschäft anderen. Bis auf die ökonomischen Profite natürlich, die daraus zu ziehen sind“ (Lessenich 2017: 96f.).

Dort, wo soziale Ungleichheit herrscht, werden Probleme selten an der Wurzel behoben, sondern meistens nur verlagert – und dies selbst innerhalb der Gesellschaft. So dürfen private Konzerne ihre „externen Kosten“ abschreiben und auf die ganze Gesellschaft übertragen. Vor der Finanzkrise von 2008 wurden die Profite aus Spekulationen privatisiert, danach wurden die Banken mit Steuergeldern gerettet. Eine solche Entwicklungslogik führt zwangsläufig zu einer wachsenden Unordnung in der ökologischen und sozialen Umwelt. Dies untergräbt früher oder später die Stabilität des Systems selbst, erstens weil jedes soziale System von seiner Umwelt deutlich abhängiger ist als umgekehrt. Zweitens, weil die Umwelt nicht nur „da draußen“ ist: Sie ist gleichzeitig Innenwelt.

3.2 Systemische Vulnerabilität durch soziale Ungleichheit

Die Strukturen der sozialen Ungleichheit sind ein wesentlicher Treiber nicht-nachhaltiger Entwicklung. Neben der kapitalistisch-industriellen Entwicklungslogik gibt es weitere Gründe, die diesen Zusammenhang erklären. Einige davon lassen sich thesenhaft wie folgt darstellen (Brocchi 2024: 233ff.):

- Soziale Ungleichheit bedeutet eine ungleiche Wahrnehmung und Erfahrung derselben gesellschaftlichen Entwicklung. Ein Beleg dafür findet sich in jeder Großstadt: Die höchste Autodichte pro Einwohner besteht oft in wohlhabenden Stadtteilen, die niedrigste in ärmeren. Reichere Stadtteile sind jedoch tendenziell grüner und leiser, während die Mieten an stark befahrenen Straßen deutlich niedriger sind. Die Menschen, die im Grünen leben, tragen zwar überdurchschnittlich zum Autoverkehr bei, sind jedoch kaum von dessen gesundheitlichen Folgen betroffen, während die ärmeren Menschen, die weniger Autos besitzen, dem Verkehr stärker ausgesetzt sind. Beim globalen Klimawandel sieht es ähnlich aus: Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung¹ verursachten 2019 die Hälfte aller weltweiten CO₂-Emissionen (Oxfam 2023: 4). Doch den höheren Preis für den Klimawandel zahlen die Armen. Warum sollten sich die Nutznießer der Entwicklung von ihren Privilegien trennen, wenn sie mit den selbstverursachten Kosten und der Dringlichkeit der Probleme im Alltag kaum konfrontiert sind?
- Soziale Ungleichheit hemmt die Kommunikation zwischen verschiedenen Gruppen und unterschiedlichen Perspektiven. Prozesse der sozialen Entmischung (u. a. Gentrifizierung) führen dazu, dass jede Schicht immer mehr unter sich bleibt und in einer eigenen Wirklichkeit lebt. Ohne Interaktion mit anderen Perspektiven verlieren die Eliten den Kontakt zu bedeutenden Teilen der gesellschaftlichen Realität. Solche Derealisierungsprozesse sind eine wesentliche Quelle von Krisen (Brocchi 2012). Die physische und psychische Distanz erschwert zudem das Mitgefühl für die Opfer des eigenen Handelns. Dort, wo es Distanz gibt, kann sich keine Empathie entwickeln (Bauman 2010: 145).
- Soziale Ungleichheit erschwert nicht nur das Miteinanderteilen und die Kooperation für eine gemeinsame Lösung von Problemen, sondern verursacht auch Frustration und ist eine wesentliche Quelle sozia-

¹ Dazu gehören rund 53 Prozent der Deutschen.

ler Konflikte. Durch soziale Ungleichheit wird die „Tragik der Allmende“, also das Herunterwirtschaften von Gemeingütern, wahrscheinlicher. So hat der Interessenkonflikt zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern eine gewisse Tradition bei den UN-Klimakonferenzen.

- Reichtum und Macht vermitteln das trügerische Gefühl, gegen jede mögliche Krise abgesichert zu sein. Hitze, Dürren und Überschwemmungen? Wer Geld hat, kann eine Klimaanlage installieren, in einer geschützten „Gated Community“ wohnen, sich ein Sommerhaus in einer kühlen Umgebung leisten und im schlimmsten Fall wegziehen. Wenn der mächtigere Teil der Weltgesellschaft die Folgen der eigenen Entscheidungen nicht erleiden muss und für die Kosten nicht haftet, dann fördert dies seine Risikobereitschaft – ein Phänomen, das als „Moral Hazard“ bezeichnet wird. Die Atombunker sind mindestens genauso gefährlich wie die Atombombe selbst, weil sie den Regierungen und den Generälen das Gefühl vermitteln, einen Atomkrieg überleben zu können.
- Wer von der gesellschaftlichen Entwicklung profitiert, hat oft mehr Einfluss auf ihre Gestaltung und auf politische Entscheidungen. Wer am stärksten mit den Kosten konfrontiert ist, dem ist es meist verwehrt, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verändern (Gilens/Page 2014).

Die nicht-nachhaltige Wirkung sozialer Ungleichheit verstärkt sich in Kombination mit drei Faktoren:

(1) Die freie Preisbildung in der Marktwirtschaft:

Krisen verursachen oft eine Knappheit und dadurch steigende Preise. Auch sie wirken wie eine Sortiermaschine: Reiche Staaten und obere gesellschaftliche Schichten sichern sich den Zugang zu den verknappten Gütern, indem hohe Preise die ärmere Konkurrenz aus dem Markt verdrängen. Auch wenn das globale Ölfördermaximum (*Peak Oil*) bereits überschritten ist, garantiert die Finanzkraft der reichen Länder ihre Ölversorgung aus aller Welt, während in Ländern wie Nigeria – einem der größten Erdölexporteure der Welt – die lokale Bevölkerung kein Benzin hat (Lemmenmeier 2023). So bietet die freie Preisbildung den Zentren und den Eliten eine Exit-Strategie in Zeiten der Krise. Gleichzeitig werden die Peripherien und die unteren Schichten früh mit der Not konfrontiert.

(2) Der Wettbewerb um Status:

Der amerikanische Sozialpsychologe Leon Festinger (1954) entwickelte in den 1950er Jahren die Theorie, dass Menschen ihren materiellen Status mit einer Referenzgruppe aus Nachbarn oder Freunden vergleichen. Statt auf das zu schauen, was sie tatsächlich haben, schauen sie auf das, was sie im Vergleich zu anderen haben und wollen mit ihnen mithalten. Soziologen und Sozialpsychologen haben dies als „hedonistische Tretmühle“ bezeichnet, in der wir ständig versuchen, unsere Bedürfnisse zu befriedigen, aber nicht weiterkommen, weil unsere Freunde und Nachbarn das Gleiche tun (Bjørnskov 2021: 38). In einem Kontext des Wettbewerbs um Status, bei dem sich die Akteure nach oben orientieren, wird jedoch nicht unbedingt ein Zustand der sozialen Gleichheit verfolgt. So behauptet der Ökonom Fred Hirsch (1980), dass (ungleiches) Wirtschaftswachstum nicht der Befriedigung von Grundbedürfnissen dient: Vielmehr wird es durch einen kulturbedingten Willen zur sozialen Abgrenzung nach unten verursacht. In ihrem Konsumverhalten orientieren sich die Menschen nicht am tatsächlichen Bedarf, sondern an dem sozialen Status, den eine Konsumoption symbolisiert. Die Zugehörigkeit zur Oberschicht wird durch die Fähigkeit besiegelt, Wünsche zu erfüllen, die für andere Schichten unerreichbar bleiben. Was zählt, ist nicht der absolute, sondern der relative Besitz von Geld, Macht oder Wissen; das, was einer mehr als die anderen hat – die Exklusivität. Obwohl wir uns mit verschiedenen Verkehrsmitteln von A nach B bewegen können, werden das Fliegen oder der SUV bevorzugt, weil sie einen höheren Status ausdrücken. Ein Wettbewerb um Status findet auch zwischen Konzernen und zwischen Staaten statt, zum Beispiel beim Bau des höchsten Wolkenkratzers. In Kombination mit Wettbewerb erhöht die soziale Ungleichheit den Umweltverbrauch der Gesellschaft und ihre Abhängigkeit von Ressourcen. Gleichzeitig erschwert ein solcher Kontext die Kooperation, die für die Lösung von Problemen nötig wäre.

(3) Eine unvollendete Form von Demokratie:

Wenn mit Demokratie die „Herrschaft durch das Volk für das Volk“ gemeint ist (Scharpf 1999: 16), dann ist Demokratie selbst im Westen ein unvollendetes Projekt. In einer starken Demokratie hätte die Bevölkerung die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Entwicklung aktiv zu gestalten und beispielsweise eine gerechtere Umverteilung durchzusetzen. In einer schwachen Demokratie bleiben jedoch soziale Ungleichheiten bestehen oder verschärfen sich sogar trotz Regierungswechsel. Menschen, die sich trotz demokratischer Strukturen be-

nachteiligt und fremdbestimmt fühlen, können nicht glücklich sein. Doch diese Unzufriedenheit erzeugt im Westen nicht unbedingt soziale Konflikte, vielmehr wird sie in den Massenkonsum umgeleitet. Während eine glückliche Gesellschaft wenig konsumiert, wird in einer Gesellschaft, die Ungleichheiten (auch in der Machtverteilung) erzeugt, das „Wellbeing“ (Wohlbefinden) durch das „Wellhaving“ (materiellen Wohlstand) ersetzt – so der französische Ökonom Serge Latouche (2014). Folglich wird der Umweltverbrauch anstelle der Macht demokratisiert. In diesem Kontext kann sich eine schwache Demokratie sogar als Verstärker des innergesellschaftlichen Wettbewerbs um Status erweisen. Denn in dieser Demokratieform beanspruchen die Massen – unter anderem durch ihre parlamentarischen und gewerkschaftlichen Vertretungen – ständig die Privilegien und die Konsumoptionen, die sonst den Eliten vorbehalten sind. Wenn die Massen den eigenen Status erhöhen, dann wollen sich die Eliten von den Massen abgrenzen, indem sie neue exklusive Kauf- und Besitzoptionen erschaffen. Dadurch bewegen sich alle Gruppen zwar nach oben, die soziale Ungleichheit zwischen ihnen (relative Benachteiligung inbegriffen) bleibt jedoch bestehen. Ulrich Beck (1986: 122) spricht von einem sozialen „Fahrstuhl-Effekt“, der alle Klassen und Schichten *„insgesamt eine Etage höher“* fährt: „Es gibt – bei allen sich neu einpendelnden Ungleichheiten – ein *kollektives Mehr* an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum“. Weil Becks Metapher des „Fahrstuhls“ suggeriert, dass alle Gesellschaftsmitglieder *„im selben Boot“* sitzen, ist „Paternoster-Effekt“ (Butterwege 2020: 110) der vielleicht treffendere Begriff, um das hier gemeinte Phänomen zu beschreiben: Dabei sitzen die Schichten weiterhin in verschiedenen „Kabinen“, die in asymmetrischer Reihenfolge nach oben gezogen werden. Jeder „Paternoster-Effekt“ impliziert immer zwei Seiten: „Während die einen nach oben fahren, fahren andere nach unten, wodurch die Reichen reicher und die Armen zahlreicher werden“ (ebd.). Wenn sich Teile der Bevölkerung im Westen und in verwestlichten Ländern nach oben bewegen, dann impliziert dies eine „imperiale Lebensweise“, die auf Kosten anderer geht (Brand/Wissen 2017). Dies lässt sich am Beispiel des Tourismus veranschaulichen. Während früher das Reisen ein exklusives Privileg der oberen Schichten war, können heute auch deutsche oder italienische Arbeiter in Kroatien, der Türkei oder Thailand Urlaub machen. Dafür haben sich die Oberschichten neue exklusive Urlaubsziele ausgesucht, zum Beispiel die Seychellen oder gar den Weltraum mit Virgin Galactic. Die österreichische Kulturanthropologin Gabriele Habinger (2021) vertritt die These, dass Reisen und Tourismus nach wie

vor tief in koloniale Machtstrukturen verstrickt sind. So sind sie „per se mit der Aneignung ‚fremder‘ Räume verknüpft“. Die Wünsche und Perspektiven ehemaliger Kolonialmächte setzen sich häufig über jene der lokalen Bevölkerungen hinweg. Dies führt zur Kommerzialisierung kultureller Praktiken, zur Reproduktion exotisierender Darstellungen und zur Aneignung von Räumen für den westlichen Konsum. Der ökologische Fußabdruck der Eliten ist viel größer, doch in diesem System werden die Massen selbst zu ahnungslosen Komplizen der Ausbeutung gemacht – und stützen ein nicht-nachhaltiges System. So dient der Tourismus – wie der Kolonialismus in früheren Zeiten – als Ventil für soziale Spannungen, indem weiteren Gesellschaftsschichten ermöglicht wird, sich im Ausland wie ein „König“ zu fühlen.

Der lange Schatten der altgriechischen Agora, auf der die ursprüngliche Demokratie auf den Schultern der Sklaven entstand und auf Ausbeutung basierte, wirkt also bis heute. In der kapitalistisch-industriellen Gesellschaft sind Wirtschaftswachstum und Massenkonsum der bevorzugte künstliche Stabilisator einer sonst instabilen Kombination aus sozialer Ungleichheit, Wettbewerb und unvollendeter Demokratie. Dabei gründet sich die Notwendigkeit von Wachstum allein auf der Tatsache, dass es weder ein starkes Gemeinwesen noch eine gerechte Umverteilung geben darf, denn diese wären ohne Enteignungen und Abbau von Privilegien nicht zu erreichen. Deshalb: „Um die wirtschaftlichen Bedürfnisse der eigenen Bürger zu befriedigen und dadurch den sozialen Frieden zu erhalten, ist der moderne Staat zu einer Ausbeutungspolitik nach außen gezwungen, die in der Weltgeschichte einmalig sein dürfte“ (Hölsle 1991: 32).

3.3 *Entwicklungspolitik als Machtpolitik*

Seit dem Römischen Weltreich zeichnet sich jede imperialistische Politik durch eine doppelte Dynamik aus: nach außen (horizontal) wird die Einheit der Menschheit angestrebt, nach innen (vertikal) jedoch ihre soziale Spaltung in Elite und Masse praktiziert (Toynbee 1998: 294). Das gilt auch für den neoliberalen Globalisierungsprozess, also für die „Verwestlichung“ (Latouche 1994) und die „US-Amerikanisierung“ (Butterwegge 2020) der Welt. Das Versprechen lautete dabei Entgrenzung und Zusammenrücken der Welt, das Ergebnis ist jedoch eine Ungleichheit, die inzwischen groteske Ausmaße angenommen hat. Laut Oxfam (2025) verfügt das reichste 1 % der Weltbevölkerung mittlerweile über mehr als doppelt